

Vortrag und Diskussion am 9.3.2023

## Friede und Sicherheit

mit dem Major a.D. Florian Pfaff

**Sugenheim.** Warum wir eine bessere Politik brauchen, erläuterte der Major a.D. Florian Pfaff aus Rott am Inn anhand der aktuellen Politik. Dabei war der Krieg in der Ukraine das Hauptthema. 23 Teilnehmer folgten der Einladung des Kreisverbandes der Partei „dieBasis“, wobei fast alle der gleichen Meinung waren, wie die lebhaft und lange Diskussion nach dem Vortrag zeigte. Pfaff lobte seinen Wiederredner mit den Worten „das ist gelebter demokratischer Diskurs“.

Der Ex-Major diente von 1976 bis 2013 in der Bundeswehr. Öffentlich bekannt wurde er im Jahr 2003 durch seine Weigerung, den rechtswidrigen Befehlen seiner Vorgesetzten zu gehorchen, die ihn 2003 aufforderten, die Gesetzeslage und sein Gewissen zu ignorieren und indirekt am Irakkrieg mitzuwirken. Von der Bundeswehr wurde er für den Hinweis, er werde die Gesetze und die früher erhaltenen Befehle achten, die eine Teilnahme an Angriffskriegen ausschließen, am gleichen Tag in die Psychiatrie eingewiesen, mit Gefängnis bedroht und vom Truppendienstgericht degradiert. Letztinstanzlich wurde er aber vom Bundesverwaltungsgericht freigesprochen und erhielt mehrere Auszeichnungen, darunter die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie den World Citizen Award (USA). Er ist seither aktiv in der Friedensbewegung tätig. Er ist Sprecher des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“, einem Zusammenschluss kritischer aktiver und ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr, und engagiert sich seit 2021 auch politisch in der Partei dieBasis im Bereich „Friede und Sicherheit“.



In seinem Vortrag zeigte Pfaff zunächst Auszüge aus einem Interview mit Klaus von Dohnanyi als politischem Urgestein der alten Bundesrepublik und als Beispiel gute Medienarbeit. Seiner Meinung nach hätte der Westen den Ukraine Krieg noch im Dezember 2021 verhindern können. „Der amerikanische Präsident hätte nur sagen müssen: Präsident Putin, wir werden jetzt, nachdem wir sehen, dass sie offenbar ernst machen, über die Zukunft der Ukraine mit ihnen reden.“ Das hatte er ausdrücklich verweigert. Die von Putin gewünschten schriftlichen Vereinbarungen zum bündnisfreien Ukraine-Status seien ausgeschlagen worden mit den Worten „Über diese Frage werden wir mit ihnen nicht verhandeln“.

Pfaff bedauerte, dass die deutsche Politik nicht friedlicher ist und dass die Situation äußerst einseitig in den Medien dargestellt wird. Pfaff verurteilte den russischen Krieg auch als völkerrechtswidrig.

rig, doch die lange Vorgeschichte werde ständig ausgeblendet. Er plädierte immer wieder für das Weglassen von Feindbildern und objektive Berichte statt Weglassungen oder falsche Darstellungen. Für den Krieg sieht er Verantwortung auf beiden Seiten und nicht nur auf der Seite von Russland.

Die Bundeswehr sah Pfaff früher als Friedensarmee, die heute weder in der Ausrüstung noch im Personal für richtige Verteidigung oder sonstige Kriege ausgestattet ist.

Ein Beispiel, wo ein Teilnehmer vehement der Ausführung Pfaffs widersprach, war das Anfang April 2022 gemeldete Massaker in Butscha. Nach Pfaff erfolgte es erst nach dem Abzug der russischen Truppen. Es wurde vereinbart, dass hier die Quellen ausgetauscht werden. Dabei hob Pfaff hervor, dass Kriegsverbrechen auf beiden Seiten begangen werden und nur die ukrainischen bei uns ausgespart würden.

Nach Pfaffs Einschätzung wollte Putin diesen Krieg nie und hat auch nicht angefangen. Der Krieg begann mit dem Putsch 2014 in Kiew mit dem Krieg gegen die hauptsächlich russische Bevölkerung im Donbass. In seinen Anfangsjahren als russischer Präsident wollte er eine starke wirtschaftliche Allianz von Europa mit Russland. Die USA wussten dies wirksam zu verhindern, so dass Deutschland und Russland jetzt feindselig gegenüber stünden.

Eine Frage dreht sich um den Begriff „Angriffskrieg“, der in der öffentlichen Debatte erst seit einem Jahr wahrgenommen wird. Nach Pfaff stimmt es in diesem Fall und ist damit gegen das Völkerrecht. Genau solche verbrecherischen Kriege, die aber die Nato führte, gab es in der jüngsten Vergangenheit auch, zum Teil mit deutscher Beteiligung z.B. gegen Irak, Afghanistan, Syrien oder Libyen. In Serbien war Deutschland dabei, obwohl es nicht angegriffen worden sei und ohne dass es einen UN-Beschluss gegeben hätte. Dazu seien die Kriegsgründe falsch gewesen.

Es sei auch völlig völkerrechtswidrig, wenn wir Russland ruinieren wollen, wie dies unsere Außenministerin verkündete.

Die Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde auch aus einem Interview zitiert, dass die Minsk 2 Verhandlungen vom Westen nicht ernst gemeint waren und nur dazu dienten, Zeit für die militärische Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen.

Ein Anwesender hatte auch reale Erfahrungen in Syrien und der Ukraine. Das sei viel besser, als Medieninformationen zu glauben. Er bemängelt zudem, dass viele Redakteure die jeweilige Sprache nicht verstehe. „Wie soll das funktionieren?“

Als Lösung, wie man aus der gewaltigen Misere mit hoher Kriegsgefahr kommen könnte, nannte Pfaff folgendes: objektive Medien ohne Zensur, ein starkes Legitimieren derjenigen, die die Ordnung garantieren sollen, wie z.B. Polizei, Richter, Parteien, Militärs. Dies jedoch so, dass Befehle gegen die Menschlichkeit, gegen das Völkerrecht oder gegen sonstige allgemein anerkannte Grundrechte nicht befolgt werden – so wie er es auch tat und wozu es Mut braucht. Zu anderen Ländern sollten wir alle friedliche Koexistenz pflegen, ohne unsere Vorstellungen aufzuzwingen, wie es die UNO Charta verlangt.



Jürgen Osterlänger  
Vorsitzender Kreisverband Neustadt/Aisch - Bad Windsheim  
Tannscharn 21, 91448 Emskirchen  
[kontakt@dieBasis-neabw.de](mailto:kontakt@dieBasis-neabw.de)  
<https://diebasis-neabw.de>  
09104-1431 / 01606963785